

Herrn Bundesminister
Dr. Reinhold Mitterlehner
Bundesministerium f. Wirtschaft, Familie und Jugend
Stubenring 1
1011 Wien

Wien, am 16. April 2012

Per E-Mail: reinhold.mitterlehner@bmwfj.gv.at

Appell an Bund und Länder für eine rasche Umsetzung eines einheitlichen und mutigen Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes zum Wohle der Kinder und Jugendlichen

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Mitterlehner,

mit Besorgnis verfolgen wir das Ringen um das Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz 2012, das zwischen Bund und Ländern stattfindet. Wir schließen uns den bereits formulierten Positionen und Bedenken des Österreichischen Bundesverbands für Psychotherapie (ÖBVP) und des Berufsverbands Österreichischer PsychologInnen (BÖP) – beides Mitglieder der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit – aber auch vieler anderer in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Organisationen an und unterstützen diese.

Der Gesundheitsstatus und das Risikoverhalten der österreichischen Kinder und Jugendlichen werden von Seiten der OECD und UNICEF an der letzten Stelle aller EU-Staaten eingestuft. Das ist ein alarmierender Befund! Gesundheit aber entsteht nicht bloß durch eine gute medizinische Versorgung, sondern vor allem durch förderliche Lebensräume, in welchen junge Menschen ihre Potentiale entfalten können. In manchen Familien braucht es hierfür flankierende Maßnahmen und die dringende Verantwortung des Staates zum Wohle und Schutz der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Insofern sieht die Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit dringenden Handlungsbedarf für eine nunmehr rasche und vor allem auch inhaltlich mutige Einigung des seit 2008 zwischen Bund und Ländern verhandelten Entwurfes.

Die Kinder und Jugendlichen von heute werden unser aller Zukunft gestalten. Da sollten wichtige Inhalte wie ein verbindliches 4-Augen-Prinzip bei Abklärungen, die Funktion eines/r unabhängigen Bundes-Kinder- und Jugendhilfebeauftragten, u.a. nicht der Kostendiskussion zum Opfer fallen. Vor allem dann nicht, wenn es gilt, Betroffene vor Gewalt und Übergriffen zu schützen. Wir appellieren an Bund und Länder, Österreich weit die Mittel für eine finanzielle und personelle Aufstockung der Jugendwohlfahrt flächendeckend bereit zu stellen, um nicht nur in Krisenfällen zu agieren sondern auch dringend notwendige Prävention und Vernetzungsarbeit zu ermöglichen.

Im Sinne einer zeitgemäßen und qualitätsgesicherten Kinder- und Jugendwohlfahrt sprechen wir uns für eine Österreich weit einheitliche klare gesetzliche Regelung der Zuständigkeiten, der Kooperationsstrukturen und der Finanzierung aus und appelliert dringend sowohl an Sie, Herr Bundesminister Dr. Mitterlehner, als auch an die Landeshauptleute, raschest zu einer Einigung im Sinne der Wahrung der Kinderrechte zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Prim. Dr. Klaus Vavrik
Präsident Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit

Dieser Appell ergeht gleichzeitig an alle Landeshauptleute und zuständigen LandesrätInnen.

